

Stand: 29.03.2024 14:16:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13291

"Holterdiepolter - Schlaglochpisten sanieren"

---

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/13291 vom 18.07.2012
2. Beschluss des Plenums 16/13392 vom 18.07.2012
3. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 18.07.2012

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harald Gülller, Dr. Thomas Beyer, Harald Schneider, Annette Karl, Bernhard Roos, Ludwig Wörner, Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures** und **Fraktion (SPD)**

### Holterdiepolter – Schlaglochpisten sanieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in den kommenden Monaten vordringlich die grundlegende Sanierung folgender Staatsstraßen in den 7 Regierungsbezirken in Angriff zu nehmen:

Regierungsbezirk Oberbayern:  
Staatsstraße 2093 Frasdorf über Wildenwarth nach Prien

Regierungsbezirk Mittelfranken:  
Staatsstraße 2162 bei Velden

Regierungsbezirk Oberfranken:  
Staatsstraße 2176 von Kirchenlamitz nach Weißdorf

Regierungsbezirk Unterfranken:  
Staatsstraße 2303 von Aura über Fellen nach Burgsinn

Regierungsbezirk Niederbayern:  
Staatsstraße 2118 von Schmidham nach Fürstzell

Regierungsbezirk Oberpfalz:  
Staatsstraße 2235 von Burglengenfeld nach Schmidmühlen

Regierungsbezirk Schwaben:  
Staatsstraße 2013 von Ottobeuren nach Markt Rettenbach.

Die vordringliche Sanierung dieser Strecken darf nicht zu Lasten anderer notwendiger Sanierungsmaßnahmen an Staatsstraßen erfolgen und ist daher über Sondermittel zu finanzieren.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Entwurf für den Doppelhaushalt 2013/2014 erheblich höhere Mittel für die Sanierung und den laufenden Unterhalt von Staatsstraßen vorzumerken.

### Begründung:

Es gibt ca. 13.500 km Staatsstraßen in Bayern, davon sind nach Feststellung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) 4.840 km grundlegend sanierungsbedürftig. Dies entspricht 35,6 Prozent des Bestands. Insgesamt sind 63 Prozent der Staatsstraßen in einem so schlechten Zustand, dass regelmäßige Beobachtung bzw. unverzügliches Handeln notwendig sind. „Aus

keinem anderen Bundesland, aus dem Daten vorliegen, wurde ein höherer Anteil gemeldet“ (ORH-Bericht 2010).

Der Nachholbedarf für die Sanierung von Staatsstraßen wird auf 720 Mio. Euro geschätzt. Hinzu kommen mindestens 100 Mio. Euro jährlicher Bedarf für Sanierungen, um auf dem Laufenden zu bleiben. Der ORH schlägt vor, den Nachholbedarf in den kommenden 10 Jahren abzarbeiten, was einer jährlichen Summe von 70 bis 80 Mio. Euro entspricht. Daher ist von einem jährlichen Bedarf für den Erhalt der Substanz der bayerischen Staatsstraßen in Höhe von mindestens 170 bis 180 Mio. Euro auszugehen.

Der Titel für die Erhaltung und Sanierung von Staatsstraßen im Haushalt ist dem gegenüber viel zu gering angesetzt.

Selbst die Bayerische Staatsbauverwaltung schreibt in ihrem Sonderheft „Bau intern“ vom August 2011:

„Aufgrund der permanenten Unterfinanzierung wird der Nachholbedarf bei der Bestandserhaltung, ....., immer größer.“

Obwohl die Mittel bei weitem nicht ausreichen, um den Nachholbedarf auch nur annähernd zu befriedigen, wurde ein entsprechender Antrag der SPD zum letzten Nachtragshaushalt abgelehnt.

Nach Zahlen des Innenministeriums vom Mai 2010 sieht die Situation hinsichtlich der Staatsstraßen in den Regierungsbezirken folgendermaßen aus:

Regierungsbezirke:	Bedarf:
Niederbayern 48,9 % sanierungsbedürftig	149,5 Mio. €
Oberfranken 40,5 % sanierungsbedürftig	88 Mio. €
Unterfranken 36,4 % sanierungsbedürftig	102 Mio. €
Oberbayern 33,6 % sanierungsbedürftig	158 Mio. €
Mittelfranken 33,5 % sanierungsbedürftig	82 Mio. €
Oberpfalz 30,7 % sanierungsbedürftig	89 Mio. €
Schwaben 24,9 % sanierungsbedürftig	57 Mio. €

Im September 2011 haben der Automobilclub Europe (ACE) und die SPD-Landtagsfraktion die Aktion „Holterdiepolter“ gestartet, um auf den beklagenswerten Zustand der Staatsstraßen in Bayern aufmerksam zu machen.

Auf einen Aufruf hin haben sich über 100 Bürgerinnen und Bürger gemeldet und Vorschläge für die Verleihung des „Schlagloch-Oscars“ gemacht. Daraus wurden exemplarisch für jeden Regierungsbezirk die schlimmsten Beispiele mit einem „Schlagloch-Oscar“ „ausgezeichnet.

Aus den sechs ganztägigen Besichtigungstouren seien zwei Aussagen wiedergegeben:

„Es ist eine Schande, wie die Staatsregierung mit dem Gemeineigentum – das wir alle durch unsere Steuern bezahlt haben – umgeht und es verlottern lässt!“

„Und das schlimmste: Durch die Untätigkeit der CSU/FDP-Staatsregierung wird nicht nur viel Geld kaputt gemacht, sondern es werden Menschen im Straßenverkehr gefährdet und kommen zu Schaden.“

Es ist also höchste Zeit zu handeln!

## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harald Güller, Dr. Thomas Beyer, Harald Schneider, Annette Karl, Bernhard Roos, Ludwig Wörner, Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/13291

### **Holterdiepolter – Schlaglochpisten sanieren**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Bernhard Roos

Abg. Eberhard Rotter

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Thomas Mütze

Abg. Dietrich Freiherr von Gumpenberg

Staatsminister Joachim Herrmann

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns herstellen -  
Investitionen in Straßenbau und -erhalt deutlich erhöhen! (Drs. 16/13269)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller,  
Dr. Thomas Beyer u. a. und Fraktion (SPD)**

**Holterdiepolter - Schlaglochpisten sanieren (Drs. 16/13291)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Kollege Pohl. Bitte schön.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diese beiden Sitzungstage vor der Sommerpause mit einer Aktuellen Stunde zur "Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern" begonnen, und unsere Fraktion beendet diese zweitägige Plenarsitzung mit einem Dringlichkeitsantrag zum gleichen Thema.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wir haben noch zwei Änderungen! Es kommen noch zwei Anträge!)

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern - diesen Slogan führen wir alle im Munde; aber wir müssen das, was wir hier propagieren, auch mit Leben füllen. Ein wesentlicher Bereich, eine wesentliche Voraussetzung dafür, gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu schaffen, ist nun einmal die Verkehrsinfrastruktur. Das gilt insbesondere in einem Flächenland wie dem Freistaat Bayern, das unterschiedlich dicht besiedelt ist und unterschiedliche Prosperität aufweist.

Wir haben Regionen, die von Abwanderung betroffen sind, ebenso wie Regionen, die einen überproportionalen Zuzug aufweisen und mit erheblichen Problemen zu kämp-

fen haben, die genau dadurch erwachsen. Um hier einen Ausgleich herzustellen, um die schwächeren Regionen zu stärken, brauchen wir die bestmögliche Erreichbarkeit und Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere in den Straßenbau.

Der Herr Ministerpräsident hat löblicherweise, wenn auch vergeblich, versucht, im Zuge der Verhandlungen über die Zustimmung zum ESM der Kanzlerin mehr Gelder für den Straßenbau in Bayern abzurufen. Er ist zwar gescheitert, aber das Ziel ist dennoch richtig.

Wenn Sie sich die Verlautbarung des Bundesverkehrsministers Ramsauer, eines Mannes, der aus dem Landkreis Traunstein kommt, nämlich den Fünfjahresplan für die Bundesfernstraßen zwischen 2011 und 2015, anschauen, dann stellen Sie fest: Darin sind Vorhaben eingestellt, die ein Investitionsvolumen von drei Milliarden Euro zeitigen. Dieses Programm ist jetzt schon unterfinanziert. 150 Millionen Euro gibt es pro Jahr vom Bund, 350 Millionen kommen aus der Maut. Man kann auch das eine oder andere aus dem Sanierungstopf in den Neubautopf schieben, aber im Ergebnis bleibt ein erkleckliches Defizit.

Wenn man weiß, dass in diesem Fünfjahresplan zum Beispiel der Ausbau der A 8 zwischen Rosenheim und der Landesgrenze nicht enthalten ist, den man auf eine Milliarde Euro schätzt, wenn man weiß, dass eine Isental-Autobahn gebaut werden soll, dass ein Tunnel in Oberau auf die Realisierung wartet, dass die B 15 nach wie vor durch die Stadt Rosenheim führt und hier eine Umgehung für über 60 Millionen Euro gebaut werden muss, wenn man weiß, dass wir einen vierspurigen Ausbau der Bundesstraße 12 von Buchloe über Kaufbeuren bis nach Kempten benötigen und viele andere Projekte mehr in Bayern - von der A 3 Würzburg - Aschaffenburg, die ebenfalls noch nicht fertiggestellt ist, habe ich noch gar nicht gesprochen -, dann ist es augenfällig, dass wir hierfür mehr Geld benötigen. Deswegen muss sich die Bayerische Staatsregierung mit Erfolg dafür einsetzen, dass mehr Geld für den Straßenbau zur Verfügung gestellt wird und hier in Bayern leistungsfähige Zukunftsachsen entstehen.

Wir brauchen aber auch im Staatsstraßenbau größere Anstrengungen als bisher. Wir haben Gott sei Dank ein gutes Steueraufkommen. Dieses Steueraufkommen sollte aber auch dazu verwendet werden, dass wir im Bereich des Straßenbaues keine Schulden anhäufen, die nicht sichtbar sind, indem wir unsere sanierungsbedürftigen Straßen nicht reparieren. Auch im Staatsstraßenneubau gibt es erheblichen Nachholbedarf. Der Oberste Rechnungshof hat im Jahr 2010 hierfür Anhaltspunkte geliefert. Wir sind der Meinung, dass mindestens 300 Millionen Euro pro Jahr für den Staatsstraßenbau eingestellt werden müssen.

Wir müssen - hier ist die Staatsregierung wieder gefordert -, im Rahmen der Bemühungen um die Erhaltung der Mittel aus dem Entflechtungsgesetz für eine bedarfsgerechte und umfangreiche Mittelausstattung für die kommunalen Straßen sorgen. Hier ist die Staatsregierung gefordert, sich beim Bund entsprechend stark zu machen.

Die SPD-Fraktion hat einen Dringlichkeitsantrag nachgezogen, in dem sie fordert, dass erheblich mehr Mittel für die Sanierung und den laufenden Unterhalt der Staatsstraßen vorgemerkt werden müssen. Dieser Punkt Ihres Antrages, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ist in Ordnung, er deckt sich mit unserem. Sie haben plakativ von jedem Regierungsbezirk eine Straße herausgestellt - auch dieser Fleiß verdient Anerkennung. Sie haben sich die Straßen vor Ort angesehen.

Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann es nicht angehen, dass wir einige Projekte herausziehen, sozusagen als Pilotprojekte, und sagen: Diese einzelnen Straßen ziehen wir heraus und machen sie zum Gegenstand des Antrages. Wir müssen dabei das Gesamte im Blick haben. Beim flüchtigen Leser erweckt das sogar den Eindruck, dies wären die einzigen Probleme, die wir in Bayern haben, und das, Frau Kollegin Karl, ist doch sicherlich nicht damit gemeint. Ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass die Staatsstraßen umfangreich und umfassend saniert werden müssen.

Deshalb werden wir uns bei Ihrem Antrag - aber wirklich nur wegen dieser exemplarischen Aufzählung - der Stimme enthalten. Den Antrag tragen wir grundsätzlich mit,

aber, wie gesagt, diese plakative Herausstellung einzelner Straßen erscheint uns hinderlich.

Wir bitten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, die die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern als wichtiges Ziel ansehen, unseren Antrag zu unterstützen und damit zu zeigen, dass es Ihnen auch in der Praxis ernst ist, in Bayern für eine Verbesserung unserer bayerischen Heimatregionen und der Bedingungen für die Menschen, die dort leben, zu sorgen: für gleichwertige Lebensverhältnisse und für eine noch bessere Zukunft des Freistaates.

Ich bitte Sie daher um Unterstützung unseres Antrags. Beim SPD-Antrag werden wir uns aus den genannten Gründen der Stimme enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke. - Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Roos.

**Bernhard Roos (SPD):** Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke meinem Namenskollegen Bernhard Pohl dafür, dass er mit sehr vielen richtigen Bemerkungen, auch Randbemerkungen, den Antrag der FREIEN WÄHLER "Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns herstellen - Investitionen in Straßenbau und -erhalt deutlich erhöhen!" präsentiert hat, wenngleich ich nicht nachvollziehen kann, lieber Kollege, warum dann zum SPD-Nachzieher nur eine Enthaltung zu Buche schlägt. Wir erwarten eigentlich eine Zustimmung.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Punkte Ihres Antrages sind: Einsatz für erhöhte Bundesmittel. Es ist klar - das wird wohl niemand bestreiten, auch nicht auf den Regierungsbänken -, dass der Bundesfernstraßenplan völlig unterfinanziert ist. In dem fraglichen Zeitraum kommen wir sogar auf 70 Milliarden Euro, die investiert werden müssten. Und mit sehr viel Goodwill und Sondermaßnahmen - egal, ob diese zusätzliche eine Milliarde Euro von Ramsauer kommt oder nicht - kommt

man auf sieben Milliarden Euro, die investiert werden sollen. Ob sie dann auch fließen, bleibt abzuwarten. Ein Verhältnis von 10 : 1 spottet jeder verantwortlichen Politik, spottet jeder Anerkennung des Bedürfnisses nach Erweiterung der Verkehrsachsen und nach Sanierung bedrohter Straßen.

Zu den Staatsstraßen: Schulden tilgen auf dem Rücken der Staatsstraßen. Es mag wunderbar klingen, Herr Innenminister, wenn Sie hier stellvertretend für die Bayerische Staatsregierung sagen: Wir sind im Jahr 2030 schuldenfrei. Aber Sie selbst waren es doch, der im Zusammenwirken mit dem Bayerischen Obersten Rechnungshof die Zahlen festgelegt hat. 720 Millionen Euro sind allein zur Sanierung notwendig.

Dass mit den bisherigen Mitteln absolut unzureichend agiert wird, dafür nehme ich auch den derzeit nicht anwesenden Kollegen Erwin Huber, den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, als Zeugen, der sagte: Am Jahresende 2011 - nur das kann ich zitieren, weil er meines Wissens von 2012 noch nichts gesagt hat - haben wir einen Verzehr von Staatsvermögen. Wir haben weniger Staatsstraßen in ihrem Wertvolumen für die Gesellschaft, für die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Bayern. Man veründigt sich also an der Verkehrsinfrastruktur, an dem, was unsere Vorgänger mit Mühe aufgebaut haben. Das wird in den Orkus getreten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist verkehrt, wenn man dafür plakativ sagt: Lieber 2030 schuldenfrei - ganz zu schweigen davon, dass auch die Investitionen in die Altersvorsorge unserer Beamtinnen und Beamten sträflich vernachlässigt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag 16/13291 der SPD-Fraktion will ich für uns schon in Anspruch nehmen, Kollege Pohl: Die SPD hat sich hierbei Meriten erworben. Wir sind sprichwörtlich zu Bauche gekrochen. Erinnern möchte ich an die Problembenennung im Zusammenwirken mit dem Automobilclub Europa, der diese Kampagne bundesweit gefahren hat - in Baden-Württemberg mit bemerkenswerten Erfolgen. Ich will auch nicht verschweigen, dass manches, was

über die Presse schon im Vorfeld an die Staatsregierung und an die Bauämter gegangen ist, sehr schnell gewirkt hat. Kaum waren wir vor Ort, war das Loch zu.

(Heiterkeit bei der SPD)

Der "Schlagloch-Oscar" soll nicht heißen - das wäre völlig missverstanden -, dass wir nur diese sieben großen Löcher hätten und alles gut wäre, wenn wir diese zukleistern, sondern er dient als Symbolakt. Im Kino laufen nicht nur Oscar-gekrönte Filme - dann wäre es ja gänzlich arm -, sondern auch manche unterhalb dieses Niveaus. Sprich: Es gibt in Bayern garantiert viele Schlaglöcher, die eine ähnlich prominente Würdigung bzw. Ehrung erfahren könnten. Darum verstehe ich erst recht nicht, dass Sie den Antrag ablehnen bzw. sich dazu der Stimme enthalten wollen.

Gehen wir ins Detail: Wir wollen diese Sanierungsmaßnahmen aus Sondermitteln finanzieren. Es soll keine Kannibalisierung des einen durch das andere geben, wie es beim Staatsstraßenausbauplan der Fall ist. Auf Regierungsbezirksebene muss nämlich entschieden werden: Wenn das eine Projekt nicht kommen soll, ist das andere nach vorn zu bringen und umgekehrt. - Bei unserem Antrag ist das nicht so.

Wir wollen eine deutliche, markante Steigerung des Volumens erreichen. Die 300 Millionen Euro, von denen Sie gesprochen haben, können durchaus ein Maßstab sein; denn wir brauchen pro anno 170 bis 180 Millionen Euro für die Sanierung, und etwa 100 Millionen Euro kommen für den normalen Erhalt hinzu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aktion "Holterdiepolter" hat die Bürgerinnen und Bürger einbezogen. So verstehen wir Politik - bürgernah! Es gab über 100 Einsendungen, aus denen eine Kommission die Preisträger ermittelt hat. Auf den Besichtigungstouren waren Kommentare zu hören. Ich darf einen wiedergeben - ich zitiere -:

Es ist eine Schande, wie die Staatsregierung mit dem Gemeineigentum - das wir alle durch unsere Steuern bezahlt haben - umgeht und es verlottern lässt!

Das ist doch eine klare Botschaft dessen, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten.

Zweites Zitat:

Und das Schlimmste: Durch die Untätigkeit der CSU/FDP-Staatsregierung wird nicht nur viel Geld kaputtgemacht, sondern es werden Menschen im Straßenverkehr gefährdet und kommen zu Schaden.

An dieser Stelle will ich eine Lanze für die Motorradfahrer brechen. Diese - wie Kollege Ludwig Wörner und andere - sind besonders gefährdet, wenn Straßen in erbärmlichem Zustand sind. Es reicht schon eine Verfüllung mit Bitumen, und man ist weg vom Fenster.

(Ludwig Wörner (SPD): Das gilt nicht nur für Motorräder!)

- Nicht nur mit Motorrädern.

(Zuruf von der CSU: Langsamer fahren!)

- Ja, langsamer fahren, dem Verkehr angepasst. Aber wer ist für die Verkehrssicherheit zuständig? - Der Freistaat, und der versündigt sich hier. Das ist übrigens kein Plädoyer von mir, auf normalen öffentlichen Straßen Rennen zu fahren, sondern das ist mein Plädoyer dafür, die Straßen in einen verkehrssicheren Zustand zu versetzen.

Letzter Punkt: Kommunalstraßen. Deren Zustand ist ebenso ein Armutszeugnis - im sprichwörtlichen Sinne. Die Spottbeträge, die wir bis dato aufwenden - 1.200 Euro für den Erhalt eines Kilometers kommunaler Straßen -, sollen gnädigerweise auf 2.000 Euro aufgestockt werden. Ich weiß nicht, ob das bei den Haushaltsberatungen wirklich herauskommt. Notwendig wäre das Zehnfache! Sehr verehrter Herr Innenminister, setzen Sie sich dafür ein! Tun Sie etwas für die Kommunen; die haben es am nötigsten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke sehr. - Kollege Rotter hat sich als Nächster in die Rednerliste eingetragen. Bitte schön.

**Eberhard Rotter (CSU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erinnere mich noch gut an die Debatte zum Thema Staatsstraßen, die wir im Rahmen der Beratung über den Nachtragshaushalt 2012 geführt haben. Schon damals waren seitens der Opposition Wünsche laut geworden. Sie sind dann aber ganz überrascht gewesen, dass das, was Sie in Ihren Anträgen gefordert hatten, von uns noch übertroffen worden ist. Wir haben im Nachtragshaushalt 2012 eine deutlich stärkere Erhöhung der Staatsstraßenmittel durchgesetzt, als Sie sich das vorstellen konnten.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, wichtig und notwendig, dass diese Mittel verstetigt werden. Es soll kein Auf und Ab geben - einmal 150 Millionen Euro, dann 200 Millionen Euro, beim dritten Mal vielleicht 170 Millionen Euro -, sondern die Straßenbaubehörden müssen wissen, mit welchen Mitteln sie rechnen können. Von denen muss übrigens ein erheblicher Teil in die Bestandserhaltung und Sanierung gesteckt werden. Das ist uns allen klar.

Wenn ich nun den Antrag der FREIEN WÄHLER zum Staatsstraßenhaushalt lese, kann ich nur sagen: Die von mir angekündigte Verstetigung findet sich im Haushaltsentwurf wieder. Es werden 215 Millionen Euro angesetzt - 2014 wird der Betrag ebenso hoch sein; vor einem Jahr waren es im Entwurf noch 115 Millionen Euro -, die von den Bauämtern sehr sinnvoll eingesetzt werden. Wir als CSU-Fraktion lassen uns in unserem Einsatz für die Staatsstraßen von niemandem in diesem Hause übertreffen.

(Beifall bei der CSU - Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir dem seinerzeitigen Antrag der FREIEN WÄHLER zugestimmt hätten, hätten wir 2012 nur etwa 170 Millionen Euro zur Verfügung gehabt; so sind es 220 Millionen Euro.

Jetzt meinen Sie: Wenn die Koalition schon 215 Millionen Euro ansetzt, dann gehen wir halt auf 300 Millionen Euro hoch. - Warum eigentlich nicht auf 400 Millionen Euro und im nächsten Jahr auf 500 Millionen Euro? Einen Finanzierungsvorschlag habe ich

übrigens von niemandem gehört. So sehr kümmern Sie sich dann doch nicht um die Dinge.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Debatte im Stile von "Wer bietet mehr?" zu führen, ist absolut unseriös.

Zum Bundesfernstraßenhaushalt: Auch was diesen Bereich angeht, lässt sich die Staatsregierung nicht in ihrem Einsatz dafür übertreffen, dass erheblich mehr Mittel fließen. Insbesondere die hierfür zuständigen Minister - Innenminister Herrmann, Verkehrsminister Zeil und auch der Ministerpräsident persönlich - mahnen das immer wieder an und verdeutlichen, dass wir mehr Mittel benötigen, um den Investitionsstau abzubauen. Wir unterbreiten übrigens auch Vorschläge dazu - die von Ihnen prompt abgelehnt werden.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Kollege Rotter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Kollegen Roos?

**Eberhard Rotter (CSU):** Nein. - Von daher braucht es keines Antrags der FREIEN WÄHLER in Bezug auf den Einsatz der Staatsregierung für mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt.

Zu den Kommunalstraßen: Es ist bekannt, dass nach dem Entflechtungsgesetz zur Beendigung der Finanzhilfen des Bundes bis zum 31. Dezember 2013 - so lange läuft es noch - ein Betrag von 1,335 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung steht. Davon erhält Bayern knapp 200 Millionen Euro, die hier auf Straßenbau und ÖPNV aufgeteilt werden.

Bis Ende 2013 soll überprüft werden, in welcher Höhe diese Mittel noch bis zum 31. Dezember 2019 zur Aufgabenerfüllung der Länder angemessen und erforderlich sind. Dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen: Der Bundesfinanzminister ist der Meinung, da die Regelung 2019 sowieso auslaufe, könne man schon jetzt mit dem Abschmelzen beginnen, sodass sich die Länder daran gewöhnen könnten. Der Frei-

staat Bayern - Gott sei Dank nicht er allein, sondern auch die anderen Länder - ist der Überzeugung, dass die Mittel auch noch in Zukunft benötigt werden, und befindet sich hierzu fortlaufend in Verhandlungen mit dem Bund. Wir sind davon überzeugt, dass wir die Verkehrsverhältnisse im kommunalen Straßennetz weiterhin verbessern müssen und die entsprechenden Mittel einfach unerlässlich sind. Wir setzen uns bereits mit Nachdruck beim Bund dafür ein, dass die Entflechtungsmittel aufgestockt werden, damit auch künftig eine ausreichende Förderung des kommunalen Straßenbaus erfolgen kann. Dazu bedarf es nicht Ihres Antrags.

Jetzt zum nachgezogenen Antrag der SPD-Fraktion: Man könnte über diesen Publicity-Gag fast schmunzeln. Herr Kollege Roos hat von einer "Kampagne" gesprochen, die bundesweit gelaufen sei. Wenn sich in Bayern überhaupt nur 100 Bürgerinnen und Bürger gemeldet haben, dann weiß ich nicht, ob das viel oder wenig ist; darüber kann man reden.

Aber eines ist klar: Wir orientieren uns bei der Sanierung der Staatsstraßen nicht an Ihrem "Schlagloch-Oscar" - oder was Sie ansonsten für Hitparaden aufgestellt haben -, sondern die Dringlichkeit der Sanierungsmaßnahmen wird nach objektiven Messungen des Straßenzustandes im Gesamtnetz festgelegt. Entsprechend erfolgt die Zuordnung von Haushaltsmitteln auf die Regierungsbezirke. Daher werden wir auch diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Nun hat Kollege Roos das Wort zu einer Zwischenbemerkung, bitte schön.

**Bernhard Roos (SPD):** Herr Kollege Rotter, es ist unsererseits zum Schmunzeln, wenn Sie sagen, dass Sie unsere Aktion zum Schmunzeln finden. Ich kann mich nicht an irgendeine Aktion der CSU zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erinnern. Das geht alles seinen Verwaltungsgang. Es passiert einfach nicht genug. Ich habe genügend Zeugen dafür benannt, zum Beispiel Erwin Huber und Innenminister Herr-

mann, dass sich die CSU hier, wenn ich die Formulierung mal so zuspitzen darf, am Volksvermögen versündigt.

Sie sagen, die Opposition habe bei den Beträgen viel zu niedrig gegriffen. Es ist doch die Masche der CSU, dass sie im eigenen Land Opposition spielt. In den Haushalt werden völlig unzureichende Ansätze eingestellt, und dann wird in einem harten Kampf in der Herzkammer der CSU versucht, die Zahlen nach oben zu treiben.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Dieses Spielchen geht schon lange nicht mehr auf, das verfängt nicht mehr bei den Bürgerinnen und Bürgern. Ich frage Sie, ob die 220 Millionen, von denen Sie gesprochen haben, auskömmlich waren, oder ob am 31.12.2011 ein Minus stand.

Sie tun unsere Aktion zusammen mit dem hoch angesehenen Automobilclub Europe zur Verleihung des Schlagloch-Oskars als lächerlich ab. Das war doch im Prinzip eine objektive Feststellung. Betrachten Sie das Schlagloch zwischen Fürstzell und Schmidham, vor dem ich selbst gekniet bin und das mit einer Tiefe von 9 cm, einer Länge von 12 Metern und 60 cm 80 cm in die Fahrbahn hineinragt, nicht wirklich als desaströs?

(Alexander König (CSU): Und welches Volumen hatte es? Messen und Schauspielern, so ist die SPD!)

Oder interessiert das die großmächtige CSU nicht, die meint, darum sollen sich andere kümmern?

(Beifall bei der SPD)

**Eberhard Rotter (CSU):** Lieber Kollege Roos, Sie haben vorhin in Ihrem Debattenbeitrag gesagt, dass dieses Schlagloch, um das Sie sich selbst gekümmert haben - das Volumen haben Sie offenbar nicht ausgerechnet - mittlerweile ausgebessert worden ist; so habe ich Sie jedenfalls verstanden.

(Zurufe von der SPD)

Bei dem einen Schlagloch, in dem Sie selbst gekniet haben, werden wir mit Hilfe des lokal zuständigen staatlichen Bauamts schon weiterkommen. Ich habe Ihnen gesagt, dass es nicht darum geht, irgendwelche Schlaglöcher zu zählen, und auch nicht darum, wer hier einen Oscar oder etwas Ähnliches vergibt, sondern die Sanierungen werden an den Staatsstraßen nach objektiven Messungen vorgenommen. Dazu bedarf es nicht Ihrer Publicity-Aktion, die lächerlich oder peinlich wirken mag, egal, wie Sie das verstehen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Kollege Mütze. Bitte schön, Herr Kollege.

**Thomas Mütze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist offensichtlich, dass dieser Antrag nicht von einem Verkehrspolitiker geschrieben wurde. Das wurde deutlich, als Herr Pohl ans Pult getreten ist. Herr Pohl, so einen Schmarrn-Antrag - so muss ich leider sagen - wie diesen habe ich selten gesehen. Sie fordern in einem weiten Bogen, in den Sie alle politischen Ebenen einbeziehen, die wir so kennen, mehr Mittel, aber nur für den Straßenbau. Herr Pohl, wer heute Verkehrspolitik betreibt, macht Mobilitätspolitik und keine Straßenbaupolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein Antrag, mit dem Sie in die 50er-Jahre zurückfallen. Selbst die CSU ist in ihrer Verkehrspolitik nicht mehr so schlimm, wie dieser Antrag hier zu sein scheint.

(Zurufe von der CSU)

Wo sind zum Beispiel Forderungen nach mehr Geld für den Schienenverkehr, Herr Pohl? Deutschland gibt 53 Euro pro Einwohner pro Jahr für den Schienenverkehr aus, Österreich 230 Euro pro Einwohner pro Jahr, die Schweiz 300 Euro pro Einwohner

und pro Jahr. In Ihrem Antrag findet sich kein Wort dazu, dass wir den ländlichen Raum vielleicht mit Hilfe des Schienenverkehrs stärken müssen, es findet sich kein Wort zu mehr Mitteln für den ÖPNV, kein Wort zu Mitteln für alternative Mobilität, kein Wort dazu! Dann beginnen Sie Ihren Vortrag damit, dass sich gleichwertige Lebensverhältnisse am Straßenbau orientieren würden.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer denkt, dass mehr Straßenbau den ländlichen Raum retten wird, ist völlig schief gewickelt. Der ländliche Raum wird vielleicht dadurch gerettet, dass wir für alternative Mobilität sorgen, dass man Bürgerbusse und Rufbusse vorsieht und dass es eine Mobilitätsdrehscheibe im ländlichen Raum gibt, wo die Leute anrufen können, wenn sie abgeholt werden wollen. Davon wird der ländliche Raum vielleicht profitieren, aber doch nicht von noch mehr Straßen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Raum Hof hat die höchste Straßendichte. Wird er deswegen attraktiver? - Nein, sicher nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Die Rede ist immer von Hof!)

- Herr Kollege König, Entschuldigung, schon wieder Hof. 40 % der Bevölkerung haben kein Auto. Welche Antworten haben Sie für diese Menschen? Die Menschen werden älter und werden irgendwann einmal auf ihr Auto verzichten müssen. Welche Antwort geben Sie diesen Menschen, wenn Sie in ihrem Antrag nur mehr Mittel für den Straßenbau fordern?

Bayern verfügt über 13.500 km Staatsstraßen. Heutzutage kann es einfach nicht mehr darum gehen, diesem Bestand weitere Kilometer hinzuzufügen, sondern wir müssen die bestehenden Straßenkilometer erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

63 % unserer Straßen sind überwachungsbedürftig. Das ist eine offizielle Zahl, welche die Oberste Baubehörde herausgegeben hat. Da muss das Geld hinein und nicht in

den Neubau, wie Ihr Antrag das suggeriert. Der Oberste Rechnungshof hat übrigens 100 Millionen für den Erhalt der Staatsstraßen gefordert, nicht 300 Millionen - ich weiß nicht, woher Sie diese Zahl nehmen -, wie Sie sie fordern.

Der Antrag ist so unterirdisch, dass ich Ihnen gerne eine Fortbildung durch unseren Verkehrsreferenten anbieten würde. Seit 1986, seitdem wir im Landtag sind, haben wir regelmäßig die Umwandlung der Neubaumittel in Mittel für den Erhalt gefordert; leider ist man dem nicht gefolgt. Das Ergebnis sehen wir jetzt. Wir haben schon den FREIEN WÄHLERN bei der Haushaltspolitik eine solche Fortbildung angedeihen lassen; vielleicht nehmen Sie ein Fortbildungsangebot auch in der Verkehrspolitik an.

Dieser Antrag ist bodenlos, und wir können ihm auf keinen Fall zustimmen. Das Argument, dass gleichwertige Lebensverhältnisse durch Staatsstraßenbau geschaffen werden, ist mit ernsthafter Logik nicht nachzuvollziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Der Antrag der SPD hört sich zunächst einmal gut an. Da wird gefordert, dass die vordringliche Sanierung bestimmter Strecken über Sondermittel zu finanzieren ist, aber es wird nicht gesagt, woher diese Mittel kommen sollen. Daher werden wir uns bei der Abstimmung enthalten.

Kollege Rotter hat gesagt, eine Rangliste der Sanierungen wird nach objektiven Kriterien erstellt, und dann wird eine Sanierung nach der anderen abgearbeitet. Lieber Kollege Rotter, Sie wissen genauso gut wie ich, dass dann die Abgeordneten in das Staatsstraßenbauamt gehen, und dann wird die Rangliste so verändert, dass die Straße saniert wird, die einige Kollegen lieber haben als eine andere Straße. Das ist die Realität, wie wir sie im ländlichen Raum in Bayern kennen. Wie die Rangliste aufgestellt wird, entscheidet jeweils der Abgeordnete der Regierungsfaktionen vor Ort.

Wir werden den einen Antrag ablehnen und uns bei dem anderen der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. Ehe ich in den Wortmeldungen fortfahre, darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Änderungen im Länderfinanzausgleich zu Gunsten Bayerns durchsetzen", Drucksache 16/13267, bekannt geben: Mit Ja haben 113 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 49. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Außerdem darf ich mitteilen - damit das im Haus schon durchgegeben werden kann, dass zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Menschenleben retten - Luftrettung in Westmittelfranken sicherstellen!" und zum nachgezogenen Antrag der SPD betreffend "Luftrettung in Westmittelfranken und im nordwestlichen Schwaben verbessern - Situation im Großraum Nürnberg nicht verschlechtern!" jeweils namentliche Abstimmung beantragt wurde. Das sind die Drucksachen 16/12578 und 16/12753. Ich bitte, dies im Haus durchzugeben, damit wir die namentlichen Abstimmungen zeitgerecht durchführen können.

Jetzt darf ich Freiherrn von Gumpenberg das Wort erteilen. - Ich danke für Ihre Geduld. Bitte schön.

**Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Lieber Herr Pohl, ich muss Ihnen vorweg schon die Frage stellen: Wollen Sie allen Ernstes mit denen koalieren, die von Ihrem Antrag sagen: Alles Schmarrn und unterirdisch? Sind das wirklich ihre Wunschkoalitionspartner? Inhaltlich stimme ich mit den GRÜNEN eigentlich erstmals überein. Ich muss Ihnen sagen: Das ist ein Schmarrn.

(Beifall bei der FDP)

Ich stimme inhaltlich mit den GRÜNEN voll überein: Das ist ein Schmarrn. Ich habe an dieser Stelle schon mehrfach betont, dass ich glaube, dass die FREIEN WÄHLER im Augenblick das Motto treibt: Wir müssen draußen verkünden, dass die Welt einfach furchtbar ist; die Welt ist schrecklich, die Straßen sind schlecht, die Autobahnverbindungen sind furchtbar, die Sonne scheint in Bayern nicht mehr, sondern alles ist nur dunkel, nass und schrecklich - das wollen wir FREIE WÄHLER jetzt auf einen Schlag ändern. Wir stellen Anträge im Bayerischen Landtag nach dem Motto: Macht die Welt schöner. Derweilen, liebe Freunde: Bayern ist doch wunderschön. Es ist nicht alles perfekt. Wir wollen bei der Redlichkeit bleiben: Nicht alles ist perfekt. Wir wollen auch nicht irgendwelche Dinge nach dem Motto produzieren: Alles ist gut. Lieber Herr Pohl, es gibt durchaus Dinge, die reparaturwürdig sind.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es gibt durchaus Straßen, die man verbessern kann. Jemand, der aber hier einen Antrag nach dem Motto stellt, gebt mehr Geld her, muss auch sagen, woher diese Mittel kommen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja vom Bundeshaushalt!)

- Ja, aus dem Bundeshaushalt. Entschuldigung; dann fahren Sie nach Berlin und holen Sie das Geld.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Was glauben Sie denn, was diese Staatsregierung ständig tut?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wissen wir nicht!)

Sie versucht doch nach bestem Wissen und Gewissen, alles zu tun, um just die Mittel zu bekommen, die Sie einfordern.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir haben Sie doch so weit gelobt, aber Sie hatten keinen Erfolg! - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Morgen gibt es zunächst einmal Mittel für Spanien! Erst einmal 30 Milliarden für Spanien!)

- Sei mir nicht böse: Was hat denn Spanien oder Griechenland mit unseren Straßen zu tun?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr viel!)

- Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Ihr wollt hier eine Diskussion entfachen, die es real gar nicht gibt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch! Das sogenannte Schwarzgeld!)

Lassen Sie uns doch bitte schön über die Straßen reden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau um die geht es!)

- Lieber Herr Aiwanger, lassen Sie uns über die Straßen reden, und lassen Sie uns darüber reden, was die GRÜNEN Ihrem Antrag im wahrsten Sinne des Wortes attestiert haben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie verstecken sich hinter den GRÜNEN!)

"Unterirdisch" und "alles ist Schmarrn", hat er gesagt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie werden doch nicht ernst nehmen, was die GRÜNEN sagen, Herr Freiherr! Sie doch nicht!)

- Doch! Ihr nehmt das doch wahnsinnig ernst. Ihr wollt doch mit denen koalieren.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Jetzt darf ich für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Joachim Herrmann das Wort erteilen. - Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Hohen Haus. Der Herr Staatsminister hat das Wort. Bitte schön.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In aller Kürze: Es ist gerade angesprochen worden, dass es um den Mobilitätsbedarf unserer Gesellschaft geht. In der Tat: Die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in unserem Land nehmen zu. Dabei bitte ich zu berücksichtigen, dass Bayern eines der wenigen Bundesländer ist, in dem die Bevölkerung nach wie vor wächst, und schon von daher eine entsprechende Mobilität sicherzustellen und zu gestalten hat. Außerdem erleben wir als Transitland im Herzen Europas auch mehr Lkw-Verkehr, beispielsweise quer durch Europa, auf unseren Straßen. Deswegen brauchen wir den Ausbau aller Verkehrsträger, lieber Herr Kollege Roos. Unter allen Fachleuten ist völlig unbestritten, dass auch in den nächsten Jahrzehnten die Straße der Verkehrsträger Nummer eins bleiben wird. Deshalb ist manches, was Sie dargelegt haben, Herr Kollege Mütze, schon etwas neben der Realität.

Wir werden in den nächsten Jahren in der Tat eine Veränderung bei den Kraftfahrzeugen erleben. Wir werden abgasärmere und leisere Fahrzeuge erleben. Wir werden Elektrofahrzeuge erleben. Aber mit Verlaub: Manchmal - das ist banal - muss man daran erinnern, dass auch Elektrofahrzeuge auf Straßen fahren werden. Deshalb ist Straßenausbau auch in Zeiten der Elektromobilität nicht überholt, und deshalb ist es notwendig, auch weiter zu investieren.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen - das sei nebenbei gesagt - wird auch der Ausbau von Fahrradwegen aus unserem Staatsstraßenhaushalt bezahlt; bei den Kommunen ist das nicht anders.

In aller Kürze zu den drei Themenbereichen Bund, Land und Kommunen. Wir brauchen in der Tat beim Bund mehr Mittel. Die intensive Verkehrszunahme findet auf den Bundesautobahnen und den Bundesstraßen statt. Deshalb freue ich mich über jede Unterstützung, wenn wir gerade in Berlin darum kämpfen, mehr Mittel für die Bundesautobahnen und Bundesstraßen in Bayern zu bekommen. Ich freue mich, dass es gerade aufgrund der Initiativen des letzten Jahres gelungen ist, dass jetzt der Bund, Herr

Ministerpräsident, eine zusätzliche Verkehrsmilliarde organisiert. Das hängt auch ganz wesentlich mit den Initiativen aus Bayern zusammen. Wir hoffen, dass in den weiteren Verhandlungen der nächsten Monate und der nächsten Jahre noch einmal ähnliche Beträge herauspringen.

Ich will allerdings angesichts der Diskussion über Maut und über nutzerfinanzierte Systeme auf etwas hinweisen. An der Entwicklung beim Bund in den letzten Jahren stört mich, dass wir inzwischen im Bundeshaushalt stattliche Mehreinnahmen aus der Lkw-Maut haben, dass der Bundesfinanzminister aber leider fast im selben Maß, wie die Lkw-Maut-Einnahmen gestiegen sind, die Steuermittel, die in den Bundesverkehrshaushalt, in den Bundesfernstraßenhaushalt geflossen sind, gekürzt hat. Wäre es so, wie es ursprünglich einmal gedacht gewesen ist, wären also alle Einnahmen aus der Lkw-Maut sozusagen als Zusatzausstattung, die wir brauchen, oben drauf gekommen, dann stünden wir heute beim Bundesfernstraßenhaushalt wesentlich besser da. Deshalb sage ich Ihnen: Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass wir aus dem Bundeshaushalt mehr Mittel für Bundesstraßen und Bundesautobahnen in Bayern bekommen.

Ein weiterer Punkt ist das Thema Staatsstraßen. Es ist unbestreitbar, dass im vergangenen Jahrzehnt im Rahmen der Haushaltskonsolidierung in einigen Bereichen deutlich kürzer getreten worden ist und deshalb die Mittel jetzt wieder deutlich aufgestockt wurden. Gehen Sie von diesem Jahr aus fünf Jahre rückwärts. In den letzten fünf Jahren, seit 2008, haben wir für die Staatsstraßen immerhin 1.068 Millionen Euro vom Bayerischen Landtag zur Verfügung gestellt bekommen. In den fünf Jahren davor waren es nur 642 Millionen Euro. Das heißt, in den letzten fünf Jahren hat es über 400 Millionen Euro mehr für die Staatsstraßen gegeben als in den fünf Jahren zuvor. Deshalb können wir jetzt den Bestand wieder ordentlich erhalten und auch Ortsumgehungen neu bauen. Vorher konnten wir dies eben nicht tun. Auch manche Sanierung muss jetzt nachgeholt werden.

Ich sage Ihnen klipp und klar: Es gibt keinen Gegensatz zum Ziel der Staatsregierung, 2030 einen schuldenfreien Haushalt zu haben - ganz im Gegenteil: Unser Ziel ist, dass Bayern 2030 nicht nur schuldenfrei, sondern auch schlaglochfrei ist. Dafür werden wir gemeinsam arbeiten, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Eine letzte Bemerkung zu den Kommunalstraßen, meine Damen und Herren. Wir unterstützen unsere Kommunen bestmöglich. Ich kann mich, was das Bundes-GVFG anbetrifft, nur dem anschließen, was Herr Kollege Rotter hier trefflich ausgeführt hat. Dazu kommt natürlich immer auch die Unterstützung der Kommunen bei der Bestandserhaltung.

Lieber Herr Kollege Roos, was Sie an vollmundigen Ankündigungen in die Welt gesetzt haben, höre ich mit großem Interesse. Ich will den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern an dieser Stelle sagen: Mir ist letzte Woche aus dem Landtag Baden-Württemberg mitgeteilt worden, dass die grün-rote Regierung die Unterstützung der Kommunen für den Straßenbau auf - sage und schreibe - null reduziert hat. Das ist grün-rote Politik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die wird es bei uns nicht geben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Für die Abstimmung werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 16/13269 seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen

der FREIEN WÄHLER und der SPD. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 16/13291 seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/13271, 16/13272, 16/13274 und 16/13275 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.